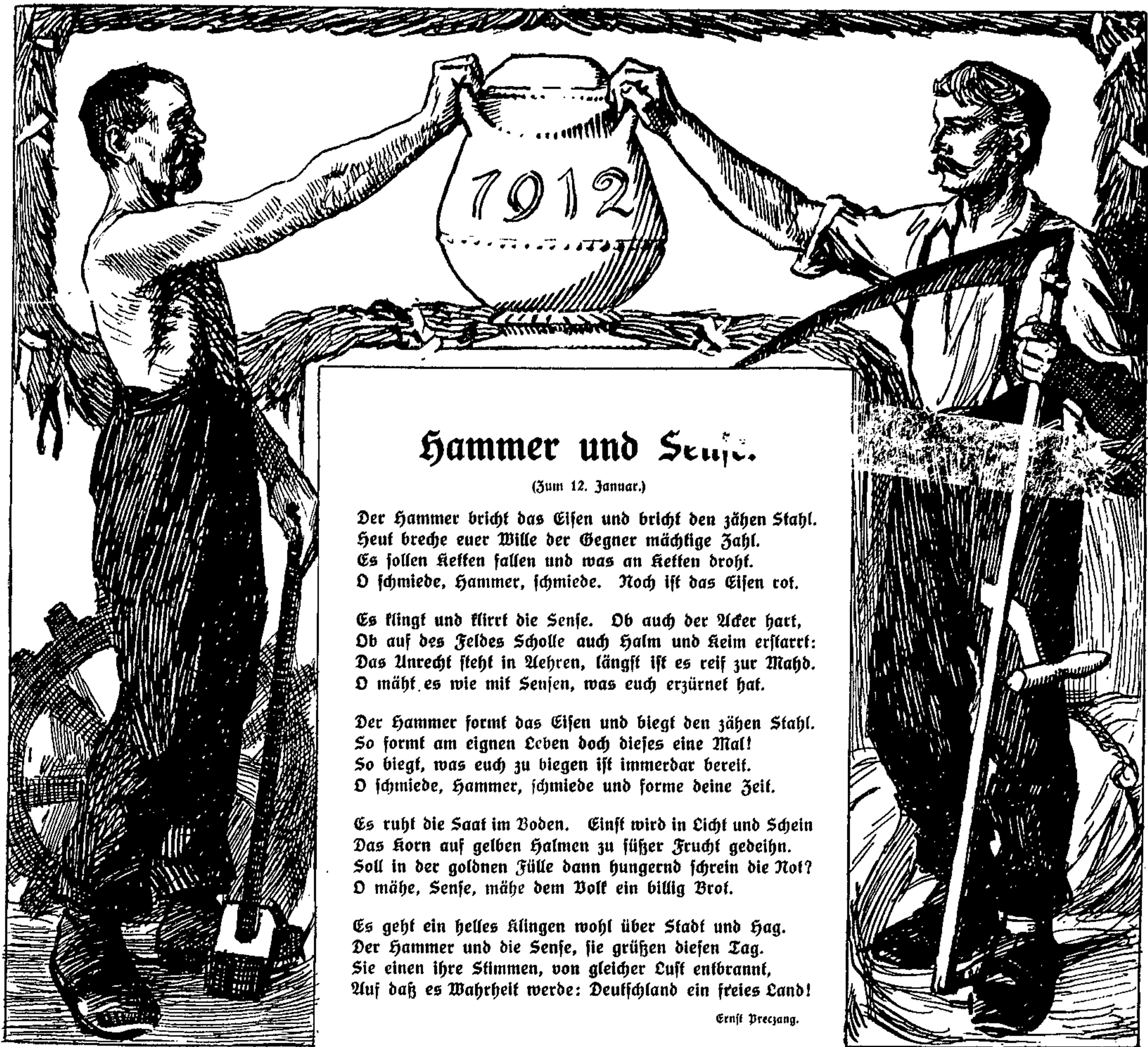


Die Zeitungs West

Nr. 1

Illustriertes Unterhaltungsblatt.

1912



Hammer und Sense.

(Zum 12. Januar.)

Der Hammer bricht das Eisen und bricht den zähen Stahl.
Heut breche euer Wille der Gegner mächtige Zahl.
Es sollen Ketten fallen und was an Ketten droht.
O schmiede, Hammer, schmiede. Noch ist das Eisen rot.

Es klingt und flirrt die Sense. Ob auch der Acker hart,
Ob auf des Feldes Scholle auch Halm und Keim erstarrt:
Das Unrecht steht in Aehren, längst ist es reif zur Mahd.
O mäht, es wie mit Sense, was euch erzürnet hat.

Der Hammer formt das Eisen und biegt den zähen Stahl.
So formt am eignen Leben doch dieses eine Mal!
So biegt, was euch zu biegen ist immerdar bereit.
O schmiede, Hammer, schmiede und forme deine Zeit.

Es ruht die Saat im Boden. Einst wird in Licht und Schein
Das Korn auf gelben Halmen zu süßer Frucht gedeihn.
Soll in der goldnen Fülle dann hungernd schreien die Not?
O mähe, Sense, mähe dem Volk ein billig Brot.

Es geht ein helles Klingeln wohl über Stadt und Hag.
Der Hammer und die Sense, sie grüßen diesen Tag.
Sie einen ihre Stimmen, von gleicher Luft entbrannt,
Auf daß es Wahrheit werde: Deutschland ein freies Land!

Ernst Preczang.

Vor der Wahlschlacht.

Von Heinrich Ströbel.

Wann ein Wahltag ist mit solcher Leidenschaft herbeigesehnt, mit solcher Spannung erwartet worden, wie der 12. Januar 1912. Denn die breiten Massen des Volkes sehten danach, durch die Stimmzettelausgabe zu demonstrieren gegen jene Politik der Volksausplünderung, wie sie in der berüchtigten Reichsfinanzreform des Schnapsblocks ihren unverfrorensten und aufreizendsten Ausdruck gefunden hat.

Aber so frivol immer das letzte Steuerattentat auf die Taschen des ohnehin darbenenden Volkes war: die Mittel, deren sich der Schnapsblock und seine Helfershelfer bedienten, um dem Volksgericht am Wahltag zu entgehen, waren noch frivoler. War doch sogar der überagrarisches und unreaktionäre Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg gezwungen, die unverdächtige Demagogie der Junker im Reichstage an den Pranger zu stellen, indem er dem über die angeblich verletzte „nationale Ehre“ greinenden und aufdringlich mit dem Säbel kassierenden agrarischen Wortführer v. Heydebrand ins Gesicht sagte, daß dies prahlerische und aufreizende Getue nichts als ein plummes Wahlmanöver sei. In der Tat, nur um den Stahl der tausendfach verdienten Vergeltung von den Junkern und ihren ultramontanen Komplizen abzuwenden und die Volksempörung gegen den Popanz des äußeren Feindes zu kehren, stimmten die Junker mit vollen Backen ein in den Lärm der Surra- und Prozentpatrioten, die als Kriegslieferanten an dem Kriegsfener gar zu gern ihr Stüppchen gekocht hätten. Unsere Steuerplünderer machten es ganz so wie Raubgefellen, die das ausgeplünderte Haus in Brand setzen, um die Spuren ihrer Tat zu verwischen.

Nun, das arbeitende Volk wird konservativen und Zentrum ihre Taten am 12. Januar nicht vergessen. Zu schwer leidet es unter der künstlichen Lebensmittelverteuerung und unter Steuern von so ausgefuchst schikanösem Charakter, wie die Grundsteuer, um den Vätern der schwarzen Finanzreform nicht seinen „Dank“ dafür abzustatten. Das Volk wird sich auch an der schönen Aussprüche der Ritter und der Heiligen am Wahltag erinnern, von dem „Mummel“ der Fleischnot, von den „frivolen“ Streiks der Arbeiter bis zu jenem köstlichen Bekenntnis christlich-zentriemlicher Nächstenliebe: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“. Das Volk wird es konservativen und Zentrum nicht vergessen, daß sie zwar den Nichtbesitzenden Hunderte und Aberhunderte von Millionen neuer Steuern auf die notwendigsten Gebrauchsartikel aufpachten, sich aber weigerten, die Wohlhabenderen und die schweren Geldsäcke durch eine entsprechende Erbschafts- oder Nachlasssteuer zu den Steuerbeiträgen gebührend heranzuziehen! Es wird ihnen nicht vergessen, daß sie den Arbeitern die Selbstverwaltung bei den Krankenkassen raubten und als fanatische Gegner jeder wahrhaften Arbeiterorganisation die brutalste Maßregelung aller Staatsarbeiter verlangten, die einer freien Gewerkschaft angehören!

Was an der Arbeiterkraft liegt, um die perfide Koalition von Junkern und Zentrum bei der Reichstagswahl ins Herz zu treffen, wird sie sicherlich tun. Aber sie wird darum auch keinen Augenblick vergessen, daß der Kampf nicht nur dem schwarzblauen Block gilt, sondern der Reaktion überhaupt, allen Arbeiterfeinden, allen Volksfeinden, allen Widersachern der Volksrechte! Dazu gehören aber in erster Linie die Nationalliberalen, die an sozialpolitischer Verbohrtheit mit den konservativen Wettfeiern, gleich ihnen erbitterte Feinde der Gewerkschafts-

organisationen, wütende Scharfmacher und nicht minder ausgemachte Gegner jeder politischen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse sind. Zudem haben sich gerade die Nationalliberalen neben Reichsparteilern und Konservativen in den letzten Monaten in der zügellosesten Kriegsbege hervorgetan, einer Bege, die Deutschland an den Rand des Weltkrieges gebracht und auch für die Zukunft den gefährlichsten Explosionsstoff angehäuft hat.

Ueberhaupt muß sich das Klassenbewußte Proletariat auch im dichtesten Gedränge des Tageskampfes jederzeit der unverwundlichen Tatsache bewußt bleiben, daß die bürgerlichen Parteien ohne jede Ausnahme Feinde der Arbeiterklasse, geschworene Widersacher der sozialdemokratischen Bewegung sind. Wohl wäre es eine Torheit, wollte die Sozialdemokratie nicht da, wo sie beim zweiten Wahlgang die Wahl hat zwischen einem Angehörigen des Schnapsblocks und einem ausgesprochenen Liberalen, den Liberalen als das kleinere Übel herauszuheben -- aber das unvermeidbare Ziel unseres Kampfes bleibt stets und überall die Niederwerfung der bürgerlichen Parteien und die Stärkung der sozialdemokratischen Klassenkampfpartei!

Nur die Sozialdemokratie vertritt wirklich die Interessen der ausgebeuteten Volksschichten, der Arbeiter in Stadt und Land, des kleinen

Die indirekte Steuer ist das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet.

Ferdinand Lassalle, Arbeiterprogramm.

Mittelstandes und der Unterbeamten. Nur sie versteht ehrlich die gleichen Rechte in Staat und Gemeinde, nur sie kämpft für eine durchgreifende Sozialpolitik, für Schonung der wirtschaftlich Schwachen. Alle bürgerlichen Parteien aber sind Vertreter der herrschenden Klassen; sie können darum auch gar keine Politik treiben, die allzu tief in das Fleisch der besitzenden Machthaber einschneidet. Das hat der Kampf um die letzte Reichsfinanzreform ja so sonnenklar für jeden bewiesen, der Augen zum Sehen hat. Damals waren auch die Liberalen, sogar die Freisinnigen bereit, mehrere Hundert Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, die den Massenkonsum belasten. Das war ja auch nicht der Zankapfel, der sie schließlich mit den Konservativen, ihren Verbündeten aus den Zeiten des Wilhelmsblocks, auseinanderbrachte. Nein, daß die Konservativen mit Hilfe des Zentrums die von der Linken verfolgte Erbschaftsteuer, die besonders den Großgrundbesitz traf, zu Fall brachten und dafür allerhand Vorkriegsteuern durchdrückten, entsagte den Anführern der Herren Liberalen. Ueber die Steuern, die von den Nichtbesitzenden aufzubringen waren, hätte man sich viel leichter geeinigt!

Aber am 12. Januar handelt es sich nicht nur um Fragen der Sozial- und Steuerpolitik, um Fragen des Wahlrechts und der Verfassung, sondern um die Lebensfrage des arbeitenden Volkes, um die Frage über Krieg und Frieden. Für das Proletariat gibt es schlechterdings keine wichtigere Aufgabe, als den Völkerfrieden zu erhalten. Der Völkerfrieden garantiert ihm ja allein die Möglichkeit der ruhigen Emporentwicklung zu Wohlstand und politischer Macht. Nur im Frieden können die

Gewerkschaften an Ausdehnung und Einfluß gewinnen, kann die Sozialpolitik ausgebaut, können im Reich und in den Einzelstaaten politische Rechte erobert werden. Ein Krieg bedeutete Sprengung und Lähmung der Gewerkschaften, Daniederliegen aller sozialpolitischen Aufgaben, Hemmung und schwerste Gefährdung des politischen Aufstiegs der Arbeiterklasse! Das wissen auch unsere Kriegstreiber und Scharfmacher, und das ist gerade für sie und ihre skrupellosen Kriegstreiberereien eins der ausschlaggebendsten Momente. Sie hoffen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: als Kriegslieferanten riesenprofite einheimen und zugleich der modernen Arbeiterbewegung einen vernichtenden Schlag verfechten zu können. Sie haben das selbst ja auch ganz offen ausgesprochen!

Neue Kriegsrüstungen aber würden nur den internationalen Haß schüren, die Kluft zwischen den Nationen immer weiter aufreißen. Neue Kriegsschiffbauten in Deutschland würden das tollste Wettrüsten zwischen Deutschland und England entfesseln, würden die Spannungen unerträglich machen, so daß die Katastrophe schließlich unabwendbar wäre! Darum muß der Rüstungswahnsinn mit äußerster Energie bekämpft werden, zumal ja auch der Dreißigjährigen Krieg vom Flottenenthusiasmus und Weltmachtstoller befallen ist.

Alle Opfer unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben also am 12. Januar dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratische Partei nicht nur eine starke Vertretung in den neuen Reichstag entsendet, sondern daß auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen abermals gewaltig anschwillt. Mögen die Ausgebeuteten diesmal das übrige tun, auf daß die rote Flut von der in der reaktionären Presse so viel, bald in Haß, bald aus Furcht, die Rede war, so gewaltig ansteigt, daß unsere Herrschenden, unsere Kriegstreiber und Volksfeinde die Sorge packt auch sie könnten einmal von diesem roten Meer verschlungen werden, wenn sie es gleich dem Pharao des alten Testaments wagen sollten mit Hof und Wagen gegen das seiner Frondienste überdrüssige Volk anzurücken!

Völkerfrieden bedeutet Volkswohlfahrt. Und das stärkste, ja das einzige zuverlässige Volkswort des Friedens bildet eine starke Sozialdemokratie. Wer weiß, wie es heute schon in Europa stünde, hätte nicht das internationale sozialistische Proletariat in den Zeiten der wütendsten Kriegsbege so nachdrücklich seinen Friedenswillen zu erkennen gegeben. Aber die Gefahren, die dem Völkerfrieden drohen, verschärfen sich täglich durch die weltpolitische Kaserie unserer herrschenden Klassen. Da gibt es, das Friedensvolkwerk, die organisierte Macht des Proletariats, noch viel mächtiger aufzutürmen, damit es auch dem heftigsten Ansturm widersteht!

Darum auf zum Kampfe für den Völkerfrieden, für die Volkswohlfahrt, für die von den Mächten der kapitalistischen Barbarei bedrohte Kultur! Aber wenn auch dieser Kampf siegreich bestanden: für das Klassenbewußte Proletariat gibt es kein Ruhen und Rasten. Immer mehr spitzen sich die Verhältnisse zu dem großen schweren Entscheidungskampfe zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zu, zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Noch mancher schwere wirtschaftliche und politische Kampf wird mit zusammengebissenen Zähnen durchgekämpft werden müssen, bevor der Sieg endgültig gewonnen ist. Aber wie das Eisen unter dem Hammer zu Stahl wird, so stählt sich auch der Wille des Volkes unter den Hammer schlägen der Zeit!

Heilige und Ritter in Frankreich, 1814—1830.

Von H. Conrady.

Die konservativ-kerikale Reaktion des letzten Reichstags, deren reaktionäres Wirken auch in bürgerlichen Kreisen so viel heftiges Mitleid gemacht, wird in Aufzählung an ein bekanntes Wort Goethes gern als der Modus der Heiligen und Ritter bezeichnet, von denen es im „Faust“ heißt, daß sie den Thron stützen und dafür Kirche und Staat zum Lohne nehmen. Das Zusammenwirken von Junkern und Pfaffen für volks- und fortschrittsfeindliche Zwecke ist also keineswegs etwas Neues, sondern eine alte, oft dargelegene Geschichte. Unter dem Feldzeichen für Thron und Altar haben sich konservativ und kerikal per se zusammengefunden um ihre eigennützigen Interessen durchzusetzen. In den merkwürdigsten Beispielen gehören die Bemühungen in Frankreich zur Restaurationszeit, als im Anschluß an die Beendigung der Revolutionskriege durch den Sturz Napoleons 1814 jene Herren vom Adel und vom Klerus wieder nach Hause kamen, die zur Revolutionszeit in das Ausland emigriert waren, um es gegen ihr Vaterland ins Feld zu führen, sich aber primär über die Widerstandsfähigkeit der großen Volksbewegung schlüsselt und zu ihren alten Vorrechten obendrein noch ihren ganzen Grundbesitz eingebüßt hatten.

Auf ihrer Spitze wurde nun unter dem Zaum der fremden Bajonette der Bourbon Ludwig XVIII. auf den Thron seiner Väter zurückgeführt. Er war nicht ganz ohne die Einsicht, daß man sich mit den durch die Revolution von Grund aus umgewandelten Verhältnissen des Landes abfinden müsse, und verstand sich zu einer Verfassung, der Charte, die den existierenden Reichthum und die Gleichheit vor dem Gesetz verbürgte und eine parlamentarische Vertretung der bestehenden Klassen enthielt. Indes, diese Zugeständnisse an die Revolution waren keineswegs nach dem Sinn der aus dem Ausland heimgekehrten Junker und Pfaffen, die viel mehr mit der Verfassung baldigst aufzuräumen dachten und schon jetzt insgesamt nach der Wiederherstellung des Alten, besonders der alten Besitz- und Abgabeverhältnisse schrien. Wie die konterrevolutionäre Presse nach Mitgabe der „Nationalblätter“ an die ehemaligen Verlierer verlangte, so hörte man Geistliche predigen, daß die Sünde diejenigen freisen sollten, die nicht den Adligen und Geistlichen ihre Güter zurückgaben. Das Klang um so bedenklicher, als der Klerus sich gleich in der rückichtslosten Weise brüll machte. Verkommenstendenzen setzten zum Mißbehagen der meisten Städte, aber auch großer Teile des Landvolkes, mit Hochdruck ein.

Solche Ideen waren natürlich durchaus nicht nach dem Geschmack der Bauern und Bürger, wo man auch mit steigendem Mißbehagen sah, wie Verwaltung und Armee mehr und mehr zu einer Versorgungsanstalt für notleidende Junker wurden. So hatte das restaurierte Königtum schon vor Ablauf eines Jahres dermaßen abgewirtschaftet, daß Napoleon mit einer Handvoll Leute die Bourbonen vertreiben und sich an ihre Stelle setzen konnte, indem er sich als den Beschützer der revolutionären Ordnung der Dinge hinstellte. Aber die napoleonische Herrschaft dauerte nur ungefähr hundert Tage. Die vernichtende Niederlage von Waterloo (1815) brachte die verbündeten Heere des Auslandes wieder nach Paris und mit ihnen die Bourbonen und Emigranten, die sich nun noch frecher gehärdeten als vor dem napoleonischen Intermezzo und auch zunächst imstande schienen, ihren Willen zur Alleinherrschaft zu bringen. Die Wahlen von 1815 ergaben eine erdrückende Mehrheit von fanatischen Kerikalen und Royalisten, die am liebsten unter dreimaligem Hurra

die Wiederherstellung des ganzen alten feudalen kerikalen Absolutismus beschloßen hätten. Besonders dringend wünschten diese Herrschaften auch, an ihren Feinden Rache zu nehmen. Wo in dieser Hinsicht von der Regierung geboten wurde, stillerung einmiger Generale, die in den hundert Tagen zu Statisten übergegangen, genügte den Wutdruck der Junker und Pfaffen ganz und gar nicht. Während sie selber in der Stammer dabei waren, Proskriptionslisten aufzustellen, die reich auf mehr als tausend Namen liegen, begannen ihre schwarzen Barden im südlichen Frankreich mit massenhaften Lynchmorden und nachheriger Minderern gegen alle die Verurteilten, die als Anhänger der revolutionären Ordnung der Dinge galten. Im englischen Parlament wurde die Zahl der Schlachtopfer, die man in Frankreich zu verurteilen suchte, auf 200 Tausend und nicht weniger als 2000 Tausend angegeben. Dieser Art von „weißem Schrecken“ ging ein unblutiger Terrorismus der Behörden zur Seite, der den Gegnern der Reaktion auch das Leben unerträglich machte. Verhaftung aller „Verdächtigen“ wurde selbst den unteren Beamten freigestellt, und man rechnete bald an 70000 Inhaftierte. Gleichzeitig wurden alle, die politisch irgendwie anständig waren, ihrer Ämter entsetzt, wovon an 100000 Personen, bis zum Feldhüter herunter, betroffen worden sein sollten.

Mußte man befürchten, daß die Royalisten ernstlich ihre Drohungen mit Zurücknahme des konfiszirten Grundbesitzes von Emigranten und Kirche, Wiederherstellung der gutherrlichen Rechte usw. wahrzunehmen versuchen würden, so lag dagegen das Einlösen ihrer vordem zur Gewinnung von Anhang im Volke gegebenen Versprechungen, die drückendsten Steuerlasten aus napoleonischer Zeit aufzuheben, offenbar nicht in ihrer Absicht. So griff rasch in weiten Kreisen, besonders auch des Landvolkes, heftigstes Mißvergnügen um sich, das Reizung zu Aufständen und Verschwörungen mit sich führte. Als der royalistische Kommandant von Grenoble einen solchen Aufstand der Bauern aus der Umgebung unterdrückt hatte, schrieb er im schönsten Stile christlicher Mitterlichkeit: „Es lebe Gott! — Zeit drei Tagen hat das Volk nicht angehört zu stehen. Es lebe der König! Die Leichname seiner Feinde bedecken alle Straßen in der Umgegend von Grenoble.“ Zahlreiche Hinrichtungen erfolgten in diesem wie in anderen Fällen. Bei verschiedenen weiteren „Verschwörungen“ handelte es sich um Polizeimachwerke, die durch Volkspiegel in Szene gesetzt worden waren, was nicht hinderte, daß die auf solche Tuschereien hineingefallenen anilloiniert wurden, so drei arme Kerle in Paris, so einige zwanzig Personen in Lyon. Alles das genügte aber den Royalisten nicht, die mit dem König und dem Kabinett baldigst äußerst unzufrieden waren, weil sie ihnen nicht energisch genug ins Zeug gingen. Tatsächlich war der König etwas schlauer als die Junker und Pfaffen von Lande und merkte, daß Vorsicht geboten, damit nicht zu arge Reaktion eine Revolution zur Folge habe. Solche Klugheitsbegründungen konnte nun gar nicht des Königs Bruder und nächstlicher Nachfolger, Graf Karl von Artois, der erste Edelmann Frankreichs genannt, weil er den Jubegriff alles junkerlichen Wesens darstellte. Als junger Mann ein toller Wüstling gewesen, hatte er sich auf seine alten Tage zum Weltbruder entwickelt und huldigte dem fanatischen Kerikalismus, der in der Lehre vom Gottesgnadentum gipfelt. Der Eifer für das Gottesgnadentum war aber bei Junkern und Pfaffen und für jetzt auch bei Artois nur insofern vorhanden, als der König den Zwecken der Schwarzen und Blaßblütigen diene. Sobald er nicht mit ihnen durch dick und dünn ging, wurde ihm eifrigst und mit allen Mitteln

von denen, die man Ultraroyalisten, königlicher als der König nannte, Opposition gemacht, um ihm das Richtige anzuzeigen. Diese Machenschaften hatten im Pariser Wohnsitz Artois, dem Kavillon Marsan des Tuilerienhofes, ihren Mittelpunkt. Hier kam die ultraroyalistische und ultramontane Stammarilla zusammen, die alle Willen brinnen ließ, um den König dahin zu bringen, daß er ihren Willen tue.

Schon im Jahre 1816 war es fertig, daß der Kavillon Marsan eine förmliche geheime Lebensregierung darstellte, an deren Spitze der Thronfolger gegen die Politik seines Bruders standierte. Ludwig XVIII. war aber noch nicht soweit, um ohne Umstände zu Grenzen zu kriechen, sondern empfand das ultraroyalistische Treiben schließlich als so unerträglich, daß er auf den Vorschlag eines Ministers hörte, im Interesse seiner Autorität und des inneren Friedens die sogenannte „unfindbare Kammer“ von 1815 anzulösen, was denn auch trotz allen Lobens der christlichen Mitterlichkeit und trotz des unverwundlichen Martinus von Artois geschah. Die Wahlen aber ergaben noch Wunsch des Königs und seiner Minister eine gemäßigte Mehrheit. Eine gemäßigte Politik sollte nun getrieben, das heißt der Versuch gemacht werden, sich zwischen rechts und links anzuschließen. Bei alledem war aber die Regierung konservativ, Junker und Pfaffen so günstig, wie es irgend möglich war, freilich nicht so, daß diese Herrschaften befriedigt gewesen waren. Wie stark auch unter dieser Regierung die reaktionäre Strömung im Lande noch war, zeigte sich bei der großen Dürre von 1817. Die Hungersnot rief an vielen Stellen im Lande Revolten hervor. Die Ultras haben darin revolutionäre Requiraten und ließen es, der Departementsregierungen und Gerichte Herr, nicht an Hinrichtungen fehlen, die von der Staatsregierung zwar hinterher gemäßigter, zunächst aber zugegeben wurden. Es war ein regulärer Rückwärts, der in den nächsten Jahren gesteuert wurde. Zeitweilig näherte man sich den liberalen Politikern der Mittelklasse, deren parlamentarische Stärke bei den regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Kammer beständig zunahm, um dann wieder durch eben diese Erstarkung des blauen, weiß, einigen radikaleren Elementen verfestigten Verhandlungs mehr nach rechts getrieben zu werden. Der Rechten nun genügte wieder alles nicht, was die Regierung auch tun mochte, um sie zu miedenzustellen. Die Ultras trieben vielmehr unentwegt eine regelrechte Brondpolitik unter der Führung des Grafen von Artois, der nachgerade völlig mit dem König zerfallen war. Alle Hebel wurden im Kavillon Marsan in Bewegung gesetzt, um die Regierung zu stürzen. Man schreckte sogar nicht davor zurück, den militärischen Beistand der heiligen Allianz gegen die Revolution anzurufen, die durch die Regierungspolitik herbeigeführt werden sollte; eine Denkschrift in diesem Sinne ließ Karl von Artois den verbündeten Monarchen zugehen.

Die Organisation, in der sich Ultraroyalisten und Ultramontane, Junker und Pfaffen für ihre gemeinsamen Zwecke zusammenfanden, war die Kongregation, eine ursprünglich, wenigstens dem Namen nach, für religiöse Zwecke bestimmte Vereinigung, die nun aber nichts anderes war, als der Mittelpunkt aller Rückschrittler. In ihren Mitteln gehörte vorzüglich eine über ganz Frankreich ausgebreitete innere Missionstätigkeit, deren Wesen schon durch das gedruckte Formular charakterisiert wird, womit die Missionare, insbesondere die Jesuiten, die Seelen der Verirrten auf die Predigten vorbereiteten. Unter anderem war darin die Bitte enthalten, der Himmel möge den Franzosen die Ansehensverluste und Verbrechen vergeben, die in ihrem Vaterlande überall dadurch begangen

wurden, daß man die Kirchen, Klöster und religiösen Stiftungen ihrer Herden und Reichthümer beraubte. So war auch ein Lieblings-thema der pfäffischen Fanatiker, den Inhabern der Emigranten Güter ins Gewissen zu reden, daß sie das unrechtmäßige Gut herausgeben müßten. Im ganzen richtete sich die Missionstätigkeit der Kongregation eben gegen die ganze Rechtsordnung, die aus der Revolutionszeit hervorgegangen, einschließlich der Charta von 1814, und natürlich auch gegen die Vertreter der liberalen Ideen, die man mit der Gölle in Verbindung zu setzen pflegte. Mit den Predigten und Prozessionen Hand in Hand pflegte eine andere Tätigkeit zu gehen, die den Zweck hatte, auf der Stelle den Besitz der Kirche zu mehren, nämlich ein schwunghafter Handel mit allen möglichen frommen Gebrauchsartikeln und Wertgegenständen. Dabei wurde dann mächtig das Klappern betrieben, das zum Geschäft gehört, und die Konkurrenz nach allen Regeln der Kunst heruntergerissen. In Bayonne zum Beispiel verbreiteten 1819

die „ehrwürdigen Väter Missionare“ einen Preiskurant der Säckelchen, die sie in Bunden bei den Kirchen feilboten, mit der Anpreisung, daß man gar nichts Besseres tun könne, als sich seines sündhaften Mammons zur Erwerbung dieser frommen Waren zu entledigen; die Rosenkränze, die anderswo in der Stadt verkauft wurden, möchten zwar auch geweiht sein, genossen aber die Indulgenzen nicht, die Se. Heiligkeit der Papst den in diesen Bunden vorrätigen Rosenkränzen bewilligt habe. Dieses Treiben rief natürlich bei allen Ungläubigen großen Spott und Hohn hervor, war aber doch nicht bloß von der komischen Seite zu nehmen, weil die Macht der Dunkelmänner gar groß war, vorderhand jedenfalls größer als die ihrer Gegner. Das zeigte sich nach den Kammerergänzungswahlen von 1819. Dabei ergab sich ein liberaler Sieg zur großen Wut der Ultras und zum Schrecken auch der Regierenden sowie des Königs selber. Unter den Gewählten war der bekannte Republikaner Grégoire, der im Konvent die Geschichte der Könige für die Leidensgeschichte der Völker erklärte. Ihn wählten sich die Ultras als Angriffsobjekt aus. Sie scheuten sich nicht, seine Ausschließung aus der Kammer zu beantragen und durchzusetzen. Demnächst trat denn die völlige Rechtschwenkung der Regierung darin aufs deutlichste zutage, daß sie sich gezwungen sah, den Konservativen durch die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes entgegenzukommen, das den Einfluß der Mittelklassen auf ein Minimum reduzieren, den Großgrundbesitzern die große Mehrzahl der Mandate sichern sollte. Damit entwaflnete das bisherige Ministerium Decazes aber nicht die Feindschaft der Heiligen und Ritter, die selbst das Ruder in die Hand nehmen wollten. Da kam ihnen nun äußerst gelegen die Tat eines Fanatikers, die im Februar 1820 erfolgte: der Sattler Louvel erschloß den Herzog von Berry, der nach dem Grafen von Artois als Thronerbe in Betracht kam. Jrgendeine

Partei hatte mit dem Attentat natürlich nichts zu tun. Die Ultras aber betrieben nun eine skrupellose Hebe, die darauf hinauslief, die Tat nicht allein den Liberalen in die Schuhe zu schieben, sondern außerdem dem Ministerium. Das gewissenlose Treiben war erfolgreich. Dem allgemeinen Ansturm auf den König, an dem der Graf von Artois sowie weibliche Mitglieder der Bourbonenfamilie energisch Anteil nahmen, vermochte Ludwig XVIII. nicht standzuhalten. Er kapitulierte vor den Ultras und ließ sich dahin bringen, den Premierminister Decazes, seinen Bögling, wie er ihn nannte, zu entlassen, mit Tränen im Auge; war er selber doch nun faktisch so gut wie abgesetzt.

Zimmerhin kamen noch nicht unmittelbar die wüsten Ultras aus Ruder, sondern der Herzog von Richelieu übernahm es, eine konservative Politik zu machen, die nicht alle Grenzen des Möglichen überschritt. Er kam den Ultras aber aufs weiteste entgegen. Zum reaktionären Wahlgesetz kamen nun Ausnahmegesetze gegen

so gut wie nichts mehr zu sagen hatte. Die Kamarilla machte nun alles, und wenn Ludwig dessen Widerstandsfähigkeit bei abnehmenden Körperkräften zusehends sank, einmal Umstände machte, so bediente sich die fromme Zim seiner „Favoritin“, der Gräfin du Cayla, eine Vetschwester, die den Ultras alles beim K. durchsetzte, was sie nur haben wollten, sich freilich schwer dafür bezahlen ließ in Gestalt riesiger Zuwendungen aus dem großen Säckel. Die klerikale Wirtschaft, die nun ohne Hemmung einsetzte, hatte gleich zur Folge, daß sich verschiedene republikanische Verschwörungen auch im Militär bildeten, die durchweg geschlagen und mit Hinrichtungen geahndet wurden. Diese Unternehmungen waren der regierenden Clique so wenig unangenehm, daß sie einen putscherischen Versuch von 1821 sogar direkt durch Lockspitzel arrangiert hat, die dann aus ökonomischen Mitteln öffentlich belohnt wurden. Ein Kräftigung ihrer Position versprach sich die regierende Partei auch von dem auswärtigen

Abenteurer, in das sich jetzt hineinstürzte, dem Kreuzzug gegen die Revolution in Spanien, wo im Sinne der heiligen Allianz das schreckliche Pfaffenregiment des Tigers Ferd. VII. wiederhergestellt werden sollte. Bei dem Feldgeschrei Thron und Krone wurde die Seefahrt unternommen, die bei der militärischen Desorganisation Spaniens zwar im ganzen auf einen militärischen Spektakel hinauskaufte, unzulänglich, aber die Stellung der Marine stärker erscheinen ließ als bisher. Im Verlauf der parlamentarischen Debatten über das spanische Abenteuer war ein Vorgang geschehen, der die Ultras in ihrer ganzen Blöße



Zettelverteiler am Wahltag.

zeigte. Der republikanische Deputierte Mauguin sollte auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. in Ausdrücken angespielt haben, die als Vorbereitung des Königsmordes ausgelegt werden konnten. Die Ultras griffen zu dem brutalen Gewaltstreik, Manuel auf die Dauer der Session aus der Kammer auszuschließen, und da er nicht gutwillig von seinem Plaze und seinem antiken Rechte wich, so wurde er durch Anwendung brutaler Polizeigewalt entfernt. Auch Preßsündern ging man mit der größten Härte zu Leibe. Unter anderem wurde ein zu Gefährnis verurteilter Journalist zu Fuß und mit einem betrunkenen Galeerensträfling zusammen gefesselt nach Poissy ins Zuchthaus geschleppt. Angriffe der Presse auf Religion und Kirche wurden bei strengen Strafen verboten. Die Bestrebungen der Kongregation, wozu der Premierminister selber gehörte, herrschten eben jetzt offen. Alles wurde mit den Leuten der Kongregation besetzt. Besonders geriet auch die Unterrichtsverwaltung gänzlich unter pfäffischen Einfluß. Es wurde bald sogar dem neuen Kultusministerium unterstellt, in das ein Bischof hineinkam. So hatten denn die Dunkelmänner eine gute Lage. Die Elementarschulen wurden fast ganz von jener frommen Gevatterschaft eingenommen, die man mit Recht die unwissenden Brüder nannte.

zeigte. Der republikanische Deputierte Mauguin sollte auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. in Ausdrücken angespielt haben, die als Vorbereitung des Königsmordes ausgelegt werden konnten. Die Ultras griffen zu dem brutalen Gewaltstreik, Manuel auf die Dauer der Session aus der Kammer auszuschließen, und da er nicht gutwillig von seinem Plaze und seinem antiken Rechte wich, so wurde er durch Anwendung brutaler Polizeigewalt entfernt. Auch Preßsündern ging man mit der größten Härte zu Leibe. Unter anderem wurde ein zu Gefährnis verurteilter Journalist zu Fuß und mit einem betrunkenen Galeerensträfling zusammen gefesselt nach Poissy ins Zuchthaus geschleppt. Angriffe der Presse auf Religion und Kirche wurden bei strengen Strafen verboten. Die Bestrebungen der Kongregation, wozu der Premierminister selber gehörte, herrschten eben jetzt offen. Alles wurde mit den Leuten der Kongregation besetzt. Besonders geriet auch die Unterrichtsverwaltung gänzlich unter pfäffischen Einfluß. Es wurde bald sogar dem neuen Kultusministerium unterstellt, in das ein Bischof hineinkam. So hatten denn die Dunkelmänner eine gute Lage. Die Elementarschulen wurden fast ganz von jener frommen Gevatterschaft eingenommen, die man mit Recht die unwissenden Brüder nannte.

zeigte. Der republikanische Deputierte Mauguin sollte auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. in Ausdrücken angespielt haben, die als Vorbereitung des Königsmordes ausgelegt werden konnten. Die Ultras griffen zu dem brutalen Gewaltstreik, Manuel auf die Dauer der Session aus der Kammer auszuschließen, und da er nicht gutwillig von seinem Plaze und seinem antiken Rechte wich, so wurde er durch Anwendung brutaler Polizeigewalt entfernt. Auch Preßsündern ging man mit der größten Härte zu Leibe. Unter anderem wurde ein zu Gefährnis verurteilter Journalist zu Fuß und mit einem betrunkenen Galeerensträfling zusammen gefesselt nach Poissy ins Zuchthaus geschleppt. Angriffe der Presse auf Religion und Kirche wurden bei strengen Strafen verboten. Die Bestrebungen der Kongregation, wozu der Premierminister selber gehörte, herrschten eben jetzt offen. Alles wurde mit den Leuten der Kongregation besetzt. Besonders geriet auch die Unterrichtsverwaltung gänzlich unter pfäffischen Einfluß. Es wurde bald sogar dem neuen Kultusministerium unterstellt, in das ein Bischof hineinkam. So hatten denn die Dunkelmänner eine gute Lage. Die Elementarschulen wurden fast ganz von jener frommen Gevatterschaft eingenommen, die man mit Recht die unwissenden Brüder nannte.

Wahltechnik und Wahlkreisinteilung.

Von Paul Hirsch.

Die Wahltechnik bei den Reichstagswahlen ist eine verhältnismäßig einfache. Während z. B. die Wahlen unter dem Dreiklassenwahlssystem sich so kompliziert gestalten, daß sich bei genauer Prüfung fast stets formale Verstöße ergeben dürften, stellt die Leistung einer Reichstagswahl keine besonders großen Ansprüche an die Behörden und die Wahlvorstände. Deshalb sind Formfehler, die die Klaffung einer Wahl zur Folge haben, hier auch viel seltener als etwa bei den Gemeindevertreterwahlen in Preußen, von denen jahraus, jahrein eine ganze Reihe lediglich aus diesen Gründen von den Verwaltungsgerichten für ungültig erklärt worden. Die Wahltechnik im weiteren Sinne umfaßt nicht nur den eigentlichen Vollzug der Wahl, sondern auch die vorbereitenden Arbeiten und die Zusammenstellung des Wahlergebnisses.

Zu den vorbereitenden Arbeiten gehört zunächst die Anlegung der Wählerlisten, deren Aufstellung erheblich weniger Schwierigkeiten verursacht als die Aufstellung der Listen zu Landtags- und Gemeindevertreterwahlen, denn bei den Reichstagswählerlisten spielt einmal die Steuerveranlagung keine Rolle, ferner ist die Aufnahme in die Liste nicht abhängig von einer bestimmten Aufenthaltsdauer am Ort oder vom Besitz der Staatszugehörigkeit des jeweiligen Bundesstaates, und endlich sind auch die Bestimmungen über den Verlust des Wahlrechts wegen Bezugs von Armenunterstützungen durch das Reichsgesetz vom 15. März 1909 wesentlich vereinfacht worden. Zwar sind nach § 3 des Reichswahlgesetzes von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, „Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben“, aber das Gesetz vom 15. März 1909 sagt ausdrücklich, daß, soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht anzusehen sind:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützung zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Die Behörden haben eine leichte Arbeit, sie tragen jeden Wahlberechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort in die Liste ein. Hierbei ist zu bemerken, daß ein Wähler zwar mehrere Wohnorte haben, also auch in mehreren Wahlbezirken in die Liste aufgenommen werden kann, aber sein Wahl-

recht nur einmal ausüben darf. Auch im Falle einer Stichwahl darf er nur dort wählen, wo er am Tage der Hauptwahl gewählt hat. Angenommen, jemand ist in zwei Orten, in A. und in B., in der Wählerliste verzeichnet, er macht von seinem Wahlrecht in A. Gebrauch, der Kandidat wird hier im ersten Wahlgang gewählt, während in B. eine Stichwahl erforderlich ist, so darf er nicht etwa in der Stichwahl nochmals in B. wählen, er würde sich dadurch sogar strafbar machen. Anders, wenn er in der Hauptwahl überhaupt nicht gewählt hat, in diesem Falle steht es ihm natürlich frei, in der Stichwahl in B. seine Stimme abzugeben.

Die Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage, wenn also die Wahl am 12. Januar 1912 stattfindet, spätestens am 15. Dezember 1911, zu jedermanns



Die Arbeit. Nach einem Gemälde von Hans Looschen.

Einblick anzulegen; dies ist zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind. (§ 8 des Reichswahlgesetzes.) Hieraus folgt für jeden Wähler die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht und wenn dies nicht der Fall ist, die erforderlichen Schritte zur nachträglichen Eintragung zu unternehmen. Wer nicht in der Liste steht, hat, auch wenn er alle Vorbedingungen für die Ausübung des Wahlrechts erfüllt, sein Wahlrecht verwirkt, wie umgekehrt derjenige, der etwa versehentlich in die Liste aufgenommen ist, obwohl er nach dem Gesetz eigentlich nicht Wähler ist, wählen darf. Maßgebend für den Wahlvorstand sind einzig und allein die Wählerlisten.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr nachmit-

tags geschlossen. Nach dieser Zeit dürfen von niemanden mehr Stimmzettel entgegengenommen werden, gleichviel, ob der Betreffende vor 7 Uhr bereits im Wahllokal war oder nicht. Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich. Allerdings ist es in zurückgebliebenen Gegenden gang und gäbe, daß die Wahlvorsteher ihnen lästig erscheinende Personen, insbesondere Beauftragte der Sozialdemokratie, aus dem Wahllokal ausweisen, um eine Beaufsichtigung unmöglich zu machen, aber ein solches Vorgehen ist unvereinbar mit § 9 des Wahlgesetzes. Zudem hat der Minister des Innern Herrfurth bereits am 18. Juli 1892 eine Bekanntmachung erlassen, derzufolge allen wahlberechtigten Deutschen, ohne Rücksicht auf den Wahlbezirk, dem sie angehören, die Anwesenheit bei der Wahlhandlung gestattet ist. Leider wird diese Bekannt-

machung praktisch noch allzu häufig nicht befolgt. -- Die Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters erfolgt durch die zuständigen Behörden. Der Wahlvorsteher seinerseits ernannt aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer, die zusammen mit ihm den Wahlvorstand bilden. Die Mitglieder des Wahlvorstandes dürfen kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

Der Sicherung des Wahlgeheimnisses dienen oder vielmehr sollen dienen die §§ 10 und 11 des Wahlgesetzes und 11 und 15 des neuen Reglements. Hiernach muß u. a. der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, von allen Seiten zugänglich sein, für die Beschaffenheit der Stimmzettel bestehen bestimmte Vorschriften in bezug auf Format und Papier, es sind ferner Vorschriften zu treffen, damit der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den mit einem amtlichen Stempel versehenen Umschlag zu legen vermag. Dagegen fehlt es an Vorschriften über die Beschaffenheit der Wahlurnen. Es heißt

lediglich: „Auf diesen Tisch (d. h. auf den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt) wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist.“ Diese Bestimmung reicht nicht aus, um wirklich das Wahlgeheimnis in jeder Beziehung zu sichern. Nicht gerade selten sind die Fälle, wo Suppenterrinen, Zigarrenkisten u. dergl. als Wahlurnen verwendet werden. Gefäße, in die die Zettel der Reihe nach übereinandergeschichtet werden. Protokolliert dann jemand sorgfältig die Reihenfolge der Stimmtabgabe, so ist es möglich, genau festzustellen, wie jeder Wähler gestimmt hat. In einem Erlaß vom 10. November 1911 verbietet der preussische Minister des Innern grundsätzlich die Verwendung derartiger Gefäße; er verlangt die Vereinstellung von genügend großen Gefäßen als Wahlurnen, bei denen die Möglichkeit eines willkürlichen Aufeinanderdeckens der Zählwerts nicht vorliegt und die es gestatten, die Umschläge mit den Stimmzetteln durch einen Spalt im Deckel einzutwerfen und den Deckel des Gefäßes bis

zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen zu halten. Es muß vermieden werden, durch Verwendung unzulänglicher Wahlurnen und durch die Art und Weise ihrer Verwendung begründete Beschwerden über verjüchte Vertretung des Wahlgeheimnisses hervorzuheben, durch welche die Gültigkeit der Wahlen gefährdet wird." Auf dem Papier nimmt sich der Erlaß wunder schön aus, aber ob er in der Praxis überall befolgt wird, das ist eine andere Frage. Will die Regierung ganze Arbeit machen, dann bleibt nichts anderes übrig, als von Reichs wegen einheitliche Wahlurnen zu liefern.

Die weiteren Vorschriften über die Stimmabgabe und die Protokollierung sind so einfach, daß wir sie übergehen können.

Nach Schluß der Wahlhandlung schreitet der Wahlvorstand zur Ermittlung des Resultats. Zunächst werden die Stimmzettel auf ihre Gültigkeit geprüft, wobei besonders zu bemerken ist, daß mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel als eine Stimme gelten, während in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel ungültig sind. Die ungültigen Stimmen kommen bei Feststellung des Wahlergebnisses nicht in Anrechnung. Von den gültigen Stimmen muß die absolute Mehrheit auf einen Kandidaten gefallen sein, wenn er als gewählt gelten soll. Hat kein Kandidat die absolute Mehrheit, so findet zwischen den beiden, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Den Termin für die engere Wahl setzt der Wahlkommissar fest; sie muß spätestens vierzehn Tage nach Ermittlung des Ergebnisses der Hauptwahl erfolgen.

Die Prüfung der Gültigkeit der Wahlen ist Sache des Reichstages. Wer als gewählt proklamiert ist, hat solange Sitz und Stimme im Reichstag, bis dieser die Wahl kassiert. Es ist schon vorgekommen, daß jemand, dessen Wahl ungültig war, bis zum Schluß der Legislaturperiode im Parlament gesessen hat.

Während das Wahlgesetz, so unzulänglich es in mancher Hinsicht auch ist, bei richtiger Handhabung im allgemeinen doch als ein einigermaßen gerechtes angesehen werden kann, wenn anders man ein Gesetz, das die Frauen entrechtet, die Altersgrenze für die Ausübung des Wahlrechts auf 25 Jahre bemißt und die Minoritäten unberücksichtigt läßt, überhaupt ein gerechtes nennen kann, so liegt in der Wahlkreiseinteilung die denkbar größte Ungerechtigkeit. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß bei den Wahlen des Jahres 1907 die Sozialdemokratie mit 3 259 020 Stimmen nur 13 Mandate, das Zentrum mit 2 179 713 Stimmen dagegen 104 Mandate und die Konservativen mit 1 068 596 Stimmen 60 Mandate eroberten. Noch krasser tritt die Ungerechtigkeit zutage, wenn man bedenkt, daß nach einer kürzlich vom „Hamburger Fremdenblatt“ herausgegebenen graphischen Darstellung der Aufwand an Stimmen für je einen Sitz im Reichstage bei den Konservativen nur 17 670, beim Zentrum nur 20 925, bei der freisinnigen Volkspartei dagegen 32 000 und bei den Sozialdemokraten sogar 75 791 betrug.

Solange die heutige Wahlkreiseinteilung besteht, kann von einer Gleichheit des Wahlrechts nicht die Rede sein; die bereits aus dem Jahre 1866 datierende Einteilung bedeutet eine offensichtliche Bevorzugung des platten Landes vor den industriell entwickelten Städten, aber trotzdem oder richtiger gerade deshalb ist an den Erlaß eines besonderen Gesetzes über die Abgrenzung der Wahlkreise, wie es der § 6 des Reichswahlgesetzes von 1869 vorsieht, nicht zu denken, so lange die heutige Mehrheit am Ruder ist. Konservative, Zentrum und Regie-

runge wollen davon nichts wissen. Der Grund ist klar: Im Jahre 1871 betrug die mittlere Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlkreises 20 000, bis zum Jahre 1907 war sie auf 33 620 gestiegen. Schon damals gab es Kreise im Osten, die, wie z. B. Angerburg-Löben, nur 15 081 oder wie Deutsch-Krone sogar nur 12 921 Wahlberechtigte hatten, während Berlin VI 191 911, Zeltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg sogar 218 160 Wahlberechtigte zählte. Mit anderen Worten: Jeder Wähler des Kreises Deutsch-Krone hatte ein 15mal so großes Recht wie jeder Wähler von Berlin VI und ein 9mal so großes wie jeder Wähler von Zeltow-Weesow. Seitdem hat die Bevölkerungsverchiebung die großen Städte noch weiter entrechtet, und selbst innerhalb der einzelnen Wahlkreise ein und derselben Stadt tritt die Ungerechtigkeit deutlich in Erscheinung. Zählte doch z. B. Berlin I am 1. Dezember 1910 nur 62 419, Berlin IV dagegen 517 911 und Berlin VI sogar 865 637 Einwohner! Und dieser Einwohnerzahl dürfte auch die Zahl der Wohlberechtigten bei der bevorstehenden Reichstagswahl entsprechen. Bei einer gerechten Wahlkreiseinteilung würden die Wahlkreise von Groß-Berlin anstatt durch 8 durch 21 Abgeordnete im Reichstage vertreten sein müssen. Für die Regierung und die Mehrheitsparteien Grund genug, sich dem zu widersetzen!

Um so mehr ist es Pflicht aller Freunde eines wirklich gleichen Wahlrechts, dafür zu sorgen, daß der Widerstand gegen eine gerechte Wahlkreiseinteilung gebrochen und daß auch den Großstädten die Vertretung zuteil wird, die sie von Rechts wegen und nach dem Sinn der Verfassung beanspruchen können.

Die Frauen und der Wahlkampf.

Von Louise Zietz.

Reichstagswahl! Das ist jetzt die Parole, die bei den Frauen und Männern des Klassenbewußten Proletariats eine starke Erregung auslöst, die uns das Blut schneller durch die Adern jagt, die ein richtiges „Wahlfieber“ erzeugt. Erklärlich genug: Nach vollen 5 Jahren ist der Arbeiterschaft zum ersten Male wieder Gelegenheit gegeben, gründliche Abrechnung zu halten mit ihren Gegnern. Und die Rechnung unerfüllter Wünsche und Forderungen, die Liste der Proteste und wuchtiger Auflagen, die das Proletariat zu präsentieren hat, ist eine große, eine schier unübersehbare. Was Wunder, wenn es da mit fiebernder Ungeduld den Tag des Gerichts herbeisehnt, aber auch mit ganzer Kraft und zäher Energie daran arbeitet, den Wahltag zu einem glänzenden Siegestage der Sozialdemokratie zu gestalten.

In dieser Zeit fieberhafter politischer Erregung, starker und immer stärker werdender politischer Tätigkeit, in der es auch dem Geringsten unter der männlichen Bevölkerung zum Bewußtsein kommt: ich bin im Besitze einer scharfen politischen Waffe, des Wahlrechts, ich halte mit dieser Waffe ein Stück politischer Macht in meiner Hand, das ich nutzen will im Interesse meiner Klasse und damit meiner selbst; in dieser Zeit empfinden die Frauen das bittere und empörende Unrecht ihrer politischen Rechtlosigkeit tiefer und schmerzlicher denn je. In verstärktem Maße werden sie sich bewußt, daß die Rechnung, die sie im Wahlkampfe zu präsentieren haben, noch weit größer ist als die ihrer männlichen Klassengenossen, daß vor allem obenan auf dieser Rechnung die Forderung zu finden ist: „Der mit dem Frauenwahlrecht!“

Der Wahlkampf wird die Empörung ob ihrer politischen Rechtlosigkeit bei den Frauen um so stärker auslösen, je mehr sie die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Geschehens überschauen und in ihren Konsequenzen klar erkennen. Denn da werden sie inne, daß der bevorstehende Kampf im Zeichen des Imperialismus, der permanent steigenden Lebensmittellenerung und der innerpolitischen Reaktion steht.

Was aber vermöchte mehr den Zorn und die Erbitterung der Frauen zu steigern als die Tatsache, daß sie bei diesem großen geschichtlichen Ringen der Klassen als Waffenlose teilhaben müssen; daß über Lebensfragen des Proletariats entschieden wird und sie als politische Rechtlose beim Wahlloft beiseite stehen müssen, wenngleich sie durch ihre Leistungen im Produktionsprozeß, durch die Pflichtleistung der Mutterchaft und durch das Mittragen der Zoll- und Steuerlasten einen unauferstehbaren Rechtstitel auf politische Gleichberechtigung besitzen. Hinzu kommt, daß sie des Wahlrechts dringend bedürfen, da alle politischen Maßnahmen rauh und rücksichtslos auch in ihr Leben eingreifen, sie treffen in ihrer Eigenschaft als Mutter, als Gattin, als Hausfrau, als Arbeiterin und als Staatsbürgerin!

Oder ist es etwa keine Angelegenheit der Frauen, wenn bei der fortwährenden kapitalistischen Entwicklung die Zahl der Frauen stetig wächst, die, von der Not des Lebens angetrieben, der kapitalistischen Ausbeutung, mit ihrer wachsenden Intelligenz der Arbeit anheimfallen? Wird es nicht zu einer Lebensfrage für sie, vermittels eines durchgreifenden Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Kinderrechtes ihr und der ihrigen Leben und Gesundheit vor dem Kapitalismus zu schützen? Sind nicht der Mutter- und Säuglingsschutz, die Witwen- und Waiserversicherung in erster Linie Angelegenheiten der Frauen?

O gewiß! Und die Frauen haben es nicht vergessen, wie die bürgerlichen Parteien, die Vertreter des Reiches, jede Rücksichtnahme auf das lebendige Menschentum der Habenichtse beiseite stellten und ohne Debatte niederstimmten, was als Minimum an Mutter- und Säuglingsschutz von der Sozialdemokratie gefordert wurde. Sie haben es nicht vergessen, daß die Regierung als Sachwalterin kapitalistischer Interessen der reaktionären Mehrheit noch den Rücken steifte durch die Erklärung des Staatssekretärs, daß sie die ganze Reichsversicherungsordnung scheitern lasse, wenn der verlangte Mutter- und Säuglingsschutz eine Majorität findet. Eine Erklärung, die grell die Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Besitzenden und gleichzeitig die ganze Heuchelei unserer Sozialgesetzgebung beleuchtet. Denn man vergegenwärtige sich, daß sie abgegeben ward in einem Lande, in dem zirka 10 000 Frauen jährlich im Wochenbett zugrunde gehen, 50 000 infolge der Mutterchaft krank und siech werden, in einem Lande, in dem fast 400 000 Kinder im ersten Lebensjahre sterben. Das sind gar grausige Opfer, die der Würgeengel fordert, von denen die meisten durch einen durchgreifenden Mutter- und Säuglingsschutz gerettet werden könnten. Trotz alledem aber wird uns immer aufs neue versichert, daß Deutschland an der Spitze der Sozialgesetzgebung marschiert!

Und die Witwen- und Waiserversorgung? Nach den kürzlich gefaßten Beschlüssen der bürgerlichen Reichstagsmehrheit werden zirka 99 Proz. aller Witwen keine Rente erhalten, da nur Frauen, die nach 1912 Witwe wurden und invalide sind, einen Anspruch auf Rente haben, die ganze 18 Pf. pro Tag ausmacht. Wie „herrlich“ läßt es sich davon leben in der Zeit der steigenden Lebensmittellenerung! Dafür, daß invalide Witwen invalidenversicherter Personen einen Anspruch auf solche „horrende“

Rente haben, fällt aber die Rückzahlung der Invalidenbeiträge fort, die bisher erfolgte bei der Berechnung eines Mädchens und beim Ableben des Mannes, die im letzteren Falle 90 bis 190 Mark ausmachte. Und außerdem sind die Beiträge um 2 bis 12 Pf. pro Woche erhöht. Die „Waisenrenten“ werden die kolossale Höhe von 7 bis 9 Pf. pro Tag erreichen!

Also Bettelsternige statt Renten!

Und zu der mangelnden Fürsorge gesellte sich die nimmerweidende Lebensmittelteuerung. Diese zwingt die Arbeiterfrau zur weiteren Einschränkung, zur Verschlechterung der ohnehin mangelhaften Lebenshaltung für sich und die Kleinen. Zur eigenen Entbehrung gesellt sich für sie die Qual, die Not und Entbehrungen ihrer Lieben mit ansehen zu müssen. Und ob sie zehnmal weiß: die Unterernährung, die licht- und luftarmen Wohnungen bedingen Krankheit, frühes Siechtum und frühen Tod, sie ist machtlos gegen diese Gefahren, es fehlt ihr an Einfluß auf die Zoll- und Steuergebung, an Einfluß auf die agrarische Preispolitik des Reiches, die die Teuerungsspreiße bedingen. Zwar wird wieder und wieder von bürgerlicher und von Regierungsseite behauptet, die Dürre des letzten Sommers sei die Hauptursache der gegenwärtigen Teuerung. Aber wenn die Proletarierin sich vergegenwärtigt, daß jedes Kilo Brot ihr um 6 bis 6½ Pf., jedes Kilo Fleisch um 35 Pf., jedes Kilo Butter und Margarine um 20 Pf., jedes Kilo Kaffee um 60 bis 90 Pf. durch den Zoll verteuert wird, ferner, daß das Kilo Zucker 11 Pf., das Kilo Salz 12 Pf. und das Paket Streichhölzer 15 Pf. Steuern trägt, daß Eier, Käse, Wurst, Hülsenfrüchte, Meis und noch viel andere Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände durch Zoll und Steuern stark verteuert werden, so braucht sie kein besonders guter Rechner zu sein, um zu erkennen, daß Zoll und indirekte Steuern die Hauptverleurer unserer Lebensmittel sind, und daß die durch die Dürre bedingte Preissteigerung nur den Tropfen bildet, der das übervolle Glas der Lebensmittelteuerung zum Ueberlaufen brachte.

Die widersinnige Zoll- und Steuerpolitik, die den Minderbemittelten ihr Notwendigstes raubt, die Tausende von Frauen aus ihrem Heim in die Erwerbsarbeit treibt, so daß der Herd erkaltet, das Hausweib der Unordnung verfällt, die Kinder ohne Pflege und Erziehung verwahrlosen, die es bedingt, daß die Eigentumsvergehen und die Prostitution zuzunehmen,

sie füllt den reichen Großgrundbesitzern und Schlotbaronen ihre Taschen.

Fort mit diesem vernichtenden Zoll- und Steuersystem! Her mit einer progressiv nach oben steigenden Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer! Das wird deshalb auch die Parole der proletarischen Frauen. Sie wird es um so mehr, wenn sie sich vergegenwärtigen, daß das bestehende Zoll- und Steuersystem die Grundlage der Reichsfinanzen bildet, die den Militarismus, den Marinismus und die Weltkriegerpolitik der Herrschenden speisen. Jene Politik, die keine Sicherung des Friedens, sondern die Kriegsgefahr in Permanenz bedeutet. Jene Politik, die die Tendenz hat, die militärischen Lasten unausgesetzt zu steigern und gegenüber der einliegenden proletarischen Opposition die innere Reaktion zu stärken; die organisierten Machtmittel des Staates: Polizei, Heer und Justiz gegen die aufstrebenden, kornenlieblichen Proletariermassen in der rücksichtslosesten Weise zu gebrauchen.

Unvergessen ist das Wort: „Gegebenenfalls hat der Meut auf Vater und Mutter zu schließen.“ Und dieses Wort! Es ist eingebrannt in die Herzen der Proletarierinnen. Mit Grauen denken sie daran, daß es einmal wahr werden könnte, daß der Soldat, den sie unter Schmerzen und Gefahr ihres Lebens geboren, den sie unter Mühen und Sorgen großgezogen, kommandiert werden könnte, die Waffen anzulegen auf die Brust, die ihm Nahrung spendet, auf den Arm, der ihn getragen, auf das Herz, das in nie versagender Mutterliebe für ihn schlägt und alles tun möchte, ihm seinen Lebensweg zu ebnen. Im Gedanken an diese Möglichkeit, im Gedanken an all die Lasten und Gefahren, die der Militarismus für die Proletarierin bedeutet, kann sie keine Verehrerin des doppelstimmigen Hockes, des klingenden Spiels und all der schimmernden Pracht sein, in der der Militarismus sich äußerlich dem Volke zu präsentieren pflegt. Sie sieht hinter dem Glanz der Paraden die oben gekennzeichnete Mehrseite und kämpft deshalb für eine Umwandlung des stehenden Heeres in eine Volkswehr, die die Freiheit der Nation und die Rechte des Volkes zu schützen hätte.

Es sind nur wenige Fragen, die wir auf dem weiten Gebiet der Reichspolitik herangegriffen haben und doch bilden sie schon eine recht ansehnliche Rechnung, die die proletarischen Frauen bei der Reichstagswahl zu präzentieren

haben. Für die Einlösung dieser Rechnung treten lediglich die Sozialdemokraten ein. In den Schlachtreihen der Sozialdemokratie hat also die proletarische Frau den Wahlkampf zu führen. Und wenn sie heute auch noch politisch rechtlos, also waffenlos ist, so ist sie doch keineswegs einflußlos. Hat sie in politisch ruhigen Zeiten die Pflicht, ihre Kraft in den Dienst der Agitation zu stellen, so in den erregten Zeiten des Wahlkampfes erst recht. Hat das „Wahlsieber“ die Massen erfaßt, so sind gleichsam ihre Sinne geschärft, ihr Herz und Geist nehmen willig den Samen politischer Erkenntnis, sozialistischer Anschauungen auf. Und diese Zeit gilt es zu nutzen. Kein Tag, keine Stunde darf ungenutzt verstreichen. Wo immer die Gelegenheit gegeben ist: in der Versammlung, im Freundeskreise, an der Arbeitsstätte, überall gilt es, die politischen Tagesfragen zu besprechen, die Ziele der Sozialdemokratie klarzulegen, die Sozialisierung der Gesellschaft als geschichtliche Notwendigkeit anzuzeigen, die allein die Vertreibung und die Erhebung der Geknechteten zu den sonnigen Höhen des Sozialismus möglich macht.

Daneben gilt es, freudig alle notwendigen Arbeiten im Interesse der Wahlbewegung auszuführen: Flugblattverbreitung, Stimmzettelerteilung, die Arbeiten im Wahlbureau, Listenführung, Listenabrechnung usw. Am Tage der Wahl heißt es die tännigen Wähler an ihre Wahlpflicht zu gemahnen. Mancher unsichere Stantunist ist schon von Frauen, den politisch Rechtlosen, zur Pflichterfüllung getrieben worden.

Und ob die Tannen und Gedankenlosen uns verspotten, ob die Mohen und Brütalen uns beschimpfen, was tut's? Haben wir doch das Bewußtsein, für eine gute, gerechte und notwendige Sache zu wirken. Dazu wird das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung und die Freude über die erzielten Fortschritte unser schönster Lohn sein. Gibt es eine reinere Freude, als wenn wir uns dabei bewußt sind: diese Wahl bedeutet wieder einen Schritt vorwärts zu unserer endlichen Befreiung, zur Beseitigung von Not und Knechtschaft? Nein, gewiß nicht!

Darum auf, Ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes! Tragt das Banner der Sozialdemokratie voran im Kampfe, als Symbol der Freiheit, der Gleichheit, des freien Menschentums!

Wahlkampf.

Eine heitere Episode. Von Karl Marchionni.

In Wahlkreise hatte es schwere Mühe gekostet, die „Maatsverhaltenden“ Parteien für eine gemeinsame „nationale Kandidatur“ zu begeistern. Aber sowohl die Rechte wie auch die bürgerliche Linke hatten sich davon überzeugt, daß sie sich den Luxus einer gegenseitigen Bekämpfung nicht leisten konnten, wenn sie über den „Umsturz“ den Sieg davon tragen wollten.

Hatte sich schon die Sammlung recht schwierig gestaltet, so war es dem „nationalen“ Wahlkomitee nahezu unmöglich, den passenden Kandidaten zu finden. Ein konservativer Parteimann konnte es nicht sein, für den wäre der linke Flügel der nationalen Parteien nicht mit der erforderlichen Begeisterung ins Feuer gegangen. Und jemand von der bürgerlichen Linken hätte wiederum nicht alle Stimmen der Rechten erhalten. Die nationalliberale Partei aber war in diesem Wahlkreise so gut wie gar nicht vertreten. Man war schon auf den Gedanken gekommen, einen Mann mit einem „großen Namen“ als Kandidaten aufzustellen. Doch auch

daraus wurde nicht. Beyvelin wollte nicht, Wolke war schon vergriffen, die Bismarcks waren entweder an gestorben oder noch nicht wählbar und andere Namen hatten nicht die nötige Zugkraft.

Da machte jemand den pfiffigen Vorschlag, es einmal mit einem Mann zu versuchen, der sich bisher überhaupt noch nicht mit Politik beschäftigt hatte. Man hätte im Jahre 1907 in zahlreichen Wahlkreisen mit solchen Kandidaten gerade die besten Erfolge erzielt. Warum sollte auch ein ausgesprochener Politiker in den Reichstag ziehen? Es genüge vollkommen, wenn ein „national gesinnter“ Mann gewählt würde. Der würde schon verstehen, die „vaterländischen Interessen“ wahrzunehmen und dem „Umsturz“ die Spitze zu bieten.

Einige „linkliberale“ Leute äußerten wohl Bedenken gegen diesen Plan, aber man sagte ihnen, daß im Interesse des Vaterlandes alle fleinlichen Erwägungen zurückzustellen seien. Eine derartige Sammelfandidatur wäre

einfach eine nationale Notwendigkeit. Und sowohl die Linke wie die Rechte und der Mittelstand kamen schließlich überein, sich auf die Suche nach einem „nationalen“ Kandidaten zu begeben, der bisher politisch wenig hervorgetreten war.

Wald hatte man einen Kandidaten entdeckt, einen Rentier, der Großgrundbesitzer gewesen war und sich seit einigen Jahren in der Stadt befand. Von ihm wurde gesagt, er wäre der rechte Mann für alle Kreise, die wahre Mittelstandsvertretung. Auch sein Name — er hieß Stönig — hätte schon einen so überaus unpathetischen Klang. Als dem Wahlkomitee dieser Mann als Kandidat vorgeschlagen wurde, meinte jemand, der ihn näher kannte, daß er gar nicht sprechen könnte. Er hätte einmal im Klatschklub eine Begrüßungsansprache halten sollen, doch im zweiten Satz wäre er stecken geblieben. Böhnig wurde erwidert, daß man einen glänzenden Redner gar nicht brauche. Im Reichstage würde viel zu viel gesprochen, und wenn man dorthin

Leute schickte, die gewandt zu schweigen verstanden, so sei das in der heutigen Zeit ein Vorteil. Hier im Kreise aber würde Herr König schon wissen, die passenden Worte zu finden, und zur Führung des Wahlkampfes bekäme man für Geld genügend Redner. Herr König habe sich, was absolut feststehe, bisher nicht mit Politik beschäftigt. Seine Kandidatur würde daher nirgends Aufstoß erregen, sondern von allen nationalgesinnten Personen mit Jubel begrüßt werden. Man sollte nun endlich zugreifen und dem Vaterlande einen hohen Dienst erweisen.

Ganz allgemein wurde diesem Redner zugestimmt, so daß der andere, der noch hatte anführen wollen, daß Herr König den Wein und die Weiber stark liebe, die Opposition aufgab.

Der Herr Rentier wurde noch am nächsten Tage als nationaler Kandidat proklamiert. Und es war erstaunlich, alle „nationalen“ Wähler waren mit ihm zufrieden. Herr König aber lernte jetzt sprechen, und er brachte es auch bald zu einigen schätzenswerten Fertigkeiten auf dem Gebiete der Sprechkunst. In der ersten Versammlung, in der er seine Kandidatenrede hielt, sprach er von der „Aufrechterhaltung der Gottesfurcht“, vom „Schutz der nationalen Arbeit“, vom „Eintreten für Thron und Altar“, von der „volksvergiftenden“ Sozialdemokratie, die eine schwere Gefahr für das Vaterland sei und die „heiligsten Güter der Nation“ bedrohe. Natürlich feierten ihn die Nationalen, und die staatsstreuen Zeitungen rühmten den Weitblick und den Scharfsinn des Herrn König. Sie schrieben, er stände auf hoher Warte, verfüge über ein reiches politisches und volkswirtschaftliches Wissen, sei eine vornehme Natur und zum Volksführer sehr geeignet. Der Wahlkampf war in vollem Gange. So leicht, wie ihn sich das nationale Wahlkomitee vorgestellt hatte, war er nicht. Die Volksmassen lachten die „Nationalen“ einfach aus, wenn sie an sie herantraten und von Vaterlandsliebe, Schutz der heiligsten Güter und von Kaiser- und Königstreue sprachen. Der nationale Kandidat wurde überhaupt nicht ernst genommen. In jeder Versammlung jagte er sein mühsam einstudiertes Sprüchlein auf, das nicht nur er, sondern längst auch alle nationalen Wähler auswendig wußten.

Das nationale Wahlkomitee befand sich daher in einer üblen Stimmung. Es hielt eines Tages wieder eine Sitzung ab, in der über neue und erfolgreiche Kampfmittel beraten werden sollte. Der Vorsitzende, ein Herr Müller, meinte: „Da haben wir nun schon ein halbes Duzend verschiedene Flugblätter verteilen lassen, eine Anzahl Redner sind tätig gewesen, alle nationalen Vereine und Zeitungen werben für unsere Sache, und der Erfolg ist ein mäßiger. Gegen die Roten ist diesmal nicht aufzukommen.“

„Ja wenn wir,“ so warf ein Komiteemitglied dazwischen, „dem roten Kandidaten wenigstens persönlich etwas anhaben könnten, aber als wir der Menge vorhielten, daß der Kerl wegen Majestätsbeleidigung sechs Monate „gefessen“

hätte, verhöhnte sie uns. So stark sind die sittlichen Begriffe schon verwildert.“

„Ja, Anstand und Sitte gelten eben nichts mehr!“ antwortete der Vorsitzende. „Doch halt, ich hab' eine Idee. Da hat mir heute ein Privatdetektiv, der sich hier niedergelassen hat, seine Empfehlung gemacht. Wie wäre es, wenn wir den roten Kerl überwachen ließen. Vielleicht ermitteln wir so etwas, das wir mit Erfolg im Wahlkampf gegen ihn ausnutzen könnten.“

„Reinlich ist das Geschäft nicht!“ meinte jemand kopfschüttelnd.

„Was heißt reinlich? Hier steht das Interesse des Vaterlandes auf dem Spiel!“ sagte der Vorsitzende.

„Ganz recht!“ rief ein Komiteemitglied.

Einige Herren waren trotzdem nicht recht einverstanden mit dem Plan des Herrn Müller. Dieser verteidigte ihn aber sehr eifrig, und schließlich kam man überein, daß diese Angelegenheit eine rein persönliche sein soll, die allein

„Wollen Sie eine ehrenvolle Aufgabe im Interesse des Vaterlandes übernehmen?“

„Selbstverständlich! Dazu bin ich doch da!“ Müller wehte nun den Detektiv in seinen Plan ein. Es gelte Material gegen den sozialdemokratischen Kandidaten, Herrn Kantig, zu sammeln. Dazu müsse er sorgfältig überwacht werden.

Der Detektiv war dazu sofort bereit und bat um einen Kostenvorschuß.

„Kostenvorschuß? Wie hoch soll der sein?“

„Etwa 150 Mark!“

„Was soviel? Bedenken Sie, daß es sich hier um das Wohl des Vaterlandes handelt.“

„Das habe ich bereits berücksichtigt. Ich bin durchaus zu Opfern bereit, denn sonst beträgt der Vorschuß 200 Mark.“

Müller zahlte schließlich und sagte dann noch: „Und was den Herrn Kantig anbetrifft, so müssen Sie den natürlich erst kennen lernen. Am Sonntag findet eine sozialdemokratische Versammlung statt...“

„Bis Sonntag soll ich noch warten! Wozu bin ich denn Detektiv? Geben Sie mir nur seine Adresse, das übrige werde ich schon besorgen.“

Erfreut über diesen Eifer, nannte Herr Müller die Adresse und verabschiedete sich vom Detektiv. Dieser ging am anderen Tage sofort an die „Arbeit“. Zuerst suchte er „Verbindungen“ anzuknüpfen, und zwar in der Nähe der Wohnung des Kantig. Dabei hatte er das Pech, auf diesen zu stoßen. Der Detektiv ahnte natürlich nicht, daß er den sozialdemokratischen Reichskandidaten vor sich hatte. Dieser machte einen gutbürgerlichen Eindruck, was den Detektiv veranlaßte, sich mit ihm in ein Gespräch einzulassen. Recht vorsichtig fragte

er Kantig: „Sie gehören wohl nicht zu den Anhängern des sozialdemokratischen Kandidaten?“

Kantig, der herausbekommen wollte, was der Fremde eigentlich wünschte, erwiderte:

„Nein! Zu den Anhängern gehöre ich nicht, und ich kann auch nie in die Lage kommen, ein solcher zu werden.“

„Das trifft sich ja gut! Sie kennen doch aber Herrn Kantig?“

„Sogar sehr genau!“

„Wirklich! Da hat sich ja mein kriminalistischer Scharfblick wieder einmal vortrefflich bewährt. Ich bin nämlich Privatdetektiv.“

„Alle Achtung! Hätte nicht geglaubt, daß diese Leute so scharfsinnig sein können. Doch was wollen Sie von Kantig?“

„Gut! Ich weiß nicht...“

„Ach so, Sie wissen nicht, ob ich reinen Mund halten kann. Sie können ganz unbesorgt sein. Zu dem Kerl von Kantig zu laufen und ihm zu erzählen, was Sie mir mitgeteilt haben, bekomme ich nie und nimmer fertig.“

„Wahrhaftig!“

„Ich gebe Ihnen mein Ehrentwort drauf.“

„Na, dann kann ich Ihnen ja auch mitteilen, welche eine Mission mir übertragen ist. Doch ich denke, wir begeben uns an einen Ort, wo wir uns ungestört unterhalten können.“ (Schluß folgt.)



Wahlagitator im Schnee (Ostpreußen).

der Herr Müller in die Hand nehme. Man stellte ihm für diese „persönlichen Zwecke“ dreihundert Mark zur Verfügung. Dann verpflichteten sich alle, vor allen Dingen Herrn König, dem „nationalen“ Kandidaten, nichts davon mitzuteilen. Dieser sollte um Himmels willen nicht in die Geschichte verwickelt werden.

Als Herr Müller am nächsten Tage beim Detektiv eintraf, wurde er recht freundlich empfangen. „Ich komme in einer streng vertraulichen Angelegenheit!“ sagte Müller, nachdem er seinen Namen genannt hatte.

„Verstehe, verstehe!“ entgegnete der Detektiv. „Sie kommen wohl auch wegen Ihrer wertvollen Frau Gemahlin?“

„Was fällt Ihnen ein?“

„Entschuldigen Sie, aber in den letzten Tagen habe ich nicht weniger als drei Aufträge von Ehemännern erhalten, ihre Frauen zu überwachen. Und da doch so etwas eine streng vertrauliche Angelegenheit ist, so nahm ich an...“

„Habe das nicht nötig! Bin unversehr!“

„Dann gratuliere ich herzlich! Doch womit kann ich dienen?“

„Sie sind doch nationalgesinnt?“

„Aber natürlich! Meine Kundenschaft steht durchweg auf nationalem Boden, und sie kann verlangen, daß sie ein guter Patriot bedient.“